Auf Nachfrage des Landrates, ob es Mitteilungen und Anfragen gebe, sagte Abg. Tandler, dass die SPD-Kreistagsfraktion eine Anfrage zum Thema Unterbringung, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen habe. Er wisse, dass der Fachausschuss sich diesem Thema annehmen werde, jedoch solle man in einigen Punkten die Anfragen ergänzen, die man dann gegebenenfalls auch im Fachausschuss mitberaten und mitdiskutieren könne.

Die Kommunen im Kreis würden sich häufig die Frage stellen, was der Kreis bei diesen Problemen unternehme. Aus den Kommunen hieße es, dass wenn Personal vorhanden sei, könne man auch mehr Hilfe leisten. In diesem Zusammenhang stelle sich die konkrete Frage an den Kreis, wo es Probleme gebe, was die Personalentwicklung angehe.

Darüber hinaus interessiere die SPD-Kreistagsfraktion, inwieweit der Kreis, der auch Schulträger sei, die Schulen und speziell die Berufskollegs mit dieser Thematik beschäftigt habe und wie eine Unterstützung des Kreises bei den Kommunen ohne eigene Trägerschaft im Jugendhilfebereich aussehe. Darüber hinaus solle das Thema medizinische Betreuung ebenfalls im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration erörtert werden.

Außerdem bemerkte Abg. Tandler, dass die CDU-Fraktion bereits zu diesem Themenkomplex eine umfangreiche Anfrage gestellt habe. Im Hinblick auf die Fragen, die der Kreis beantworten müsse, solle der Gesamtkomplex aber noch mal im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration diskutiert werden.

Abg. Dr. Bieber wies darauf hin, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Zusammenarbeit des Kreises mit den Kommunen in dieser Angelegenheit am heutigen Vormittag zum Gegenstand einer Anfrage gemacht habe. Es gehe darum, in welchen Bereichen der Kreis unterstützen könne, welche Aufgabenfelder es gebe und wie sich die Zusammenarbeit gestalte. Darüber hinaus werde der aktuelle Sachstand der Asylbewerberzahlen sowie deren Verteilung erfragt. Er wisse aus einigen Kommunen, dass soziale Wohnräume durch eigentlich ausreisepflichtige Asylbewerber weiter belegt werden und dadurch der Wohnungsmarkt, gerade in Ballungsräumen, weiter belastet werde. Das würde mittelbar dazu führen, dass Flüchtlinge in Zelten untergebracht werden müssen. Die Situation werde für die Flüchtlinge nicht einfacher, sobald die kalte Jahreszeit beginne. Diese Thematik sollte im Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration Gegenstand von Diskussionen sein, damit die Verzahnung – so habe er den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion verstanden – zwischen Kreis und Kommunen optimal funktioniere. Auch für den Koalitionspartner der CDU-Kreistagsfraktion, DIE GRÜNEN, könne Abg. Dr. Bieber sagen, das was der Kreis an Optimierungsmöglichkeiten habe, werde er nutzen. Im Zweifel werde man auch überplanmäßige Ausgaben zur Verfügung stellen müssen.

Auf Nachfrage des Abg. Dr. Lamberty, wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sich in der Obhut des Kreisjugendamtes befänden und aus welchen Ländern sie kämen, sagte Dezernent Wagner, dass derzeit fünf unbegleitete minderjährige Jugendliche dem Kreisjugendamt zugewiesen seien. Er gehe davon aus, dass in naher Zukunft weitere Zuweisungen erfolgen. Die Information über die Herkunftsländer der Jugendlichen werde die Verwaltung nachliefern.

Information der Verwaltung:

*Nationalitäten der zugewiesenen minderjährigen Jugendlichen:
Afghanistan, Eritrea, Iran, Marokko und Syrien.*

Der Landrat teilte mit, dass der Rhein-Sieg-Kreis durch ihn und die Hauptverwaltungsbeamten des Kreises bei einem Termin bei der Regierungspräsidentin in Köln am 19.08.2015 zum Thema

„Unterbringung von Asylbewerbern“ sehr gut vertreten gewesen sei. Eingeladen worden seien alle Hauptverwaltungsbeamten des Regierungsbezirkes. Darüber hinaus habe Kreisdirektorin Annerose Heinze ihn am 21.08.2015 bei einem wichtigen Gesprächstermin bei Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zum Thema Flüchtlinge vertreten.

Weiter sagte der Landrat, dass er am 25.08.2015 an der Vorstandssitzung des Landkreistages NRW teilnehmen werde, um weitere Informationen über die Flüchtlings- und Asylbewerberproblematik zu erhalten.

Zudem wies der Landrat darauf hin, dass er sich am heutigen Tag mit Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung zu einem Arbeitskreis getroffen habe, in dem die Zusammenarbeit des Kreises mit den Kommunen sowie seine Unterstützungsmöglichkeiten zum Thema Flüchtlingsaufnahme unter Berücksichtigung der Zuständigkeitsregelung erörtert worden sei. Über das Ergebnis des Arbeitskreises werde es ein Informationsschreiben an die Fraktionen geben.